

Abschrift des Vortrages

Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit – welche Reformen braucht Europa?

von

Oskar Lafontaine

Termin

Donnerstag, 3. Juni 2004, 19.00 Uhr

Ort

Dachsaal der Urania, Uraniastraße 1, 1010 Wien

Veranstaltungsprogramm / Rahmen:

Vortrag:

Oskar Lafontaine

Podiumsdiskutanten:

Caspar Einem

Abg. z. NR, Europaspreeher der SPÖ

Georg Fischer

Leiter der Abteilung Beschäftigungsanalyse der Europäischen Kommission,
GD Beschäftigung & Soziales

Moderation:

Eva Hoffmann

Expertin für Finanzmarktinstitutionen in der EU Kommission, GD Binnenmarkt

Redaktionelle Bearbeitung

Dr. Michael Rosecker

Projektleitung/nähere Information

Dr. Barbara Rosenberg

T 01/804 65 01-42

rosenberg@renner-institut.at

□□□□□□□□ □□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

OSKAR LAFONTAINE

Jahrgang 1943, ist seit 1966 Mitglied der SPD. 1976 wurde er Oberbürgermeister von Saarbrücken und 1885 Ministerpräsident des Saarlands. 1990 Kanzlerkandidat und 1995–1999 Vorsitzender der SPD . Verfasser mehrerer Bücher. Aktuelle Veröffentlichungen: *Das Herz schlägt links* (1999) und *Die Wut wächst* (2002)

□□□□□□□□ □□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□□

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank für die Einladung, zu diesen Themen Stellung zu nehmen und die Fragen zu beantworten.

Zunächst mit einem Einstieg, der nicht direkt auf die Themen Wachstum und Beschäftigung abzielen scheint, nämlich mit der Außenpolitik. Die Außenpolitik wird, wenn wir über Wachstum und Beschäftigung sprechen, zu wenig beachtet, und ich glaube, auch die Entwicklung in den letzten Monaten hat gezeigt, dass wir bei der Außenpolitik ansetzen müssen, wenn wir Wachstum und Beschäftigung in Europa stabilisieren wollen. Die Verbindung zur Außenpolitik ist sehr nahe liegend, es geht um den Irak-Krieg und es geht um die Haltung der Europäer zum Konflikt im Irak.

Im Irak-Konflikt geht es ja um zwei Ansätze, die wir zu beachten haben. Einmal den Ansatz der Energiepolitik, der natürlich etwas mit Wachstum und Beschäftigung zu tun hat. Zum Zweiten aber auch um den Ansatz des internationalen Rechts, der Stabilisierung der internationalen Lage, denn es ist klar: Je stabiler die internationale Lage ist, umso eher kann sich die Weltwirtschaft positiv entwickeln. Je instabiler die internationale Lage ist, umso schwieriger wird es, ein gleichmäßiges und stetiges Wachstum der Weltwirtschaft zu erreichen.

Was heißt das nun für Europa? Ich kann meine Themen hier nur thesenhaft vorbringen, der Vortrag soll ja nicht zu lang werden.

Europa muss tatsächlich lernen, in der Außenpolitik mit einer Stimme zu sprechen. Dabei geht es nicht nur um eine Stimme, die wir bei den Großkonflikten der letzten Zeit vermisst haben. Es geht auch um die Frage: An welchen Prinzipien muss sich die europäische Außenpolitik orientieren, um tatsächlich zu einer stetigen Entwicklung der Völkergemeinschaft beitragen zu können und um Antworten zu geben auf die aktuellen Konflikte der Welt?

Die erste Antwort, die wir geben müssen, ist die, dass Europa sich dazu entscheiden muss, die UNO und das internationale Recht zu stärken. Vielleicht wird Ihnen jetzt der Gedanke kommen: das wollen die Europäer ja mehr oder weniger, und haben es in letzter Zeit auch mehr oder weniger versucht, aber eine nähere Betrachtung der Einzelheiten zeigt ja, dass dieses Urteil nicht gefällt werden kann.

Ich beginne mit dem Jugoslawien-Krieg: Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben viele nicht verstanden, warum wir – und eine ganze Reihe von Bundesbürgern – das Engagement der Bundesrepublik in Jugoslawien kritisiert haben. Wir haben es immer von zwei Ansätzen her kritisiert, die auch heute noch hochaktuell sind. Der erste Ansatz: Man kann nicht einen Konflikt in irgendeinem Krieg beginnen, ohne dass das internationale Völkerrecht beachtet wird und eine internationale Rechtsgrundlage besteht. Die Tatsache, dass die Europäer sich im Jugoslawien-Konflikt anders entschieden haben und sich über die Entscheidung der UNO zusammen mit den Vereinigten Staaten hinwegzusetzen glaubten, hat sich ausgewirkt in später folgenden Entscheidungen, insbesondere im Irak-Konflikt. Denn der Haupteinwand der Amerikaner gegenüber denen, die gesagt haben „Wir können uns

nicht beteiligen“, war der: Was wollt ihr eigentlich mit der UNO, ihr habt beim Jugoslawien-Krieg nicht auf eine UNO-Entscheidung bestanden, wieso wollt ihr es jetzt?

Als erste Lehre aus der Entscheidung der vergangenen Jahre: Wir, die Europäer, müssen die UNO stärken, und müssen darauf bestehen, dass bei außenpolitischen Auseinandersetzungen internationales Recht beachtet wird, insbesondere bei so genannten „humanitären“ Interventionen.

Zweite Forderung: Auch wenn das internationale Recht gegeben ist im Sinne einer Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates, ist damit nicht alles zur Zufriedenheit geregelt. Wir müssen jedenfalls darauf bestehen, dass – wenn es zu militärischen Interventionen kommt – die Prinzipien der Genfer Konvention beachtet werden. Dass insbesondere die Frage gestellt wird: Wie soll denn überhaupt der Krieg durchgeführt werden? Diese Frage ist auch in der europäischen Linken viel zu wenig diskutiert worden. Ich möchte dazu nur sagen, dass die letzte Frage, die ich in einer Kabinettsitzung gestellt habe, die war: Kann mir irgendjemand sagen, was eigentlich in Jugoslawien passieren soll? Sollen da Panzer rollen? Und wenn ja, wo und in welcher Zusammensetzung? Die Art und Weise, über Kriege zu diskutieren und dann nachher es mehr oder weniger irgendwelchen Institutionen zu überlassen, ist nach meiner Auffassung nicht akzeptabel. Wenn man darauf besteht, dass internationales Recht bei der Entscheidung beachtet werden muss, dann muss man erst recht darauf bestehen, dass bei der Durchführung internationales Recht beachtet wird. Das kann nur heißen: es müssen Polizeigrundsätze beachtet werden, es muss sichergestellt werden, dass nicht im großen Umfang unschuldige Menschen ums Leben kommen, wenn man glaubt, das Leben anderer schützen zu sollen.

Das heißt: Schon im Jugoslawien-Krieg wollte mir niemand erklären, warum man Belgrad bombardieren musste, um Menschen im Kosovo zu schützen. Noch weniger konnte man mir erklären, wieso man die Al Kaida treffen wollte, indem man flächendeckend Städte und Dörfer in Afghanistan bombardierte. Und beim Irak-Konflikt wollte man gar nicht mehr darüber reden, wie viele unschuldige Zivilisten ums Leben gekommen sind.

Fazit also: Eine Europäische Union, die sich aktiv einbringen will in eine stetige Entwicklung der Völkergemeinschaft, muss gerade jetzt, wo die Amerikaner kein Widerlager mehr haben durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, darauf bestehen, dass das internationale Recht gestärkt wird, dass die Genfer Konvention beachtet wird, und dass bei der Durchführung des Krieges nach Polizeigrundsätzen gearbeitet wird. Diskussionen, die viel zu kurz kamen in letzter Zeit, und die, weil sie zu kurz kamen, zu verheerenden Ergebnissen geführt haben.

Der Zusammenhang mit der Frage, wie können wir stetiges Wachstum und Beschäftigung erreichen, ergibt sich aber nicht nur aus diesem einsehbaren Prinzip in der Außenpolitik, er ergibt sich auch aus der Frage, wie wir die zukünftige Energiepolitik global gestalten wollen. Dass die Energiepolitik eine Schlüsseldomäne der Wirtschafts- und auch der Sozialpolitik ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Was ist die Antwort der Europäer, und was können wir da Besonderes einbringen?

Das ist zum Einen, dass wir Europäer ganz konkret werden und sagen: eine Politik, die immer noch glaubt, sie könne sich die Rohstoffe und die Absatzmärkte in Asien oder in anderen Ländern der Welt mit militärischen Mitteln erobern, ist blanker Kolonialismus oder Imperialismus. Man muss die Dinge beim Namen nennen und kann nicht vornehm darüber schweigen. Das ist die Grundlage der gegenwärtigen Außenpolitik der US-Administration, und es wäre wünschenswert, wenn wir Europäer in aller Klarheit diese Prinzipien der Außenpolitik ansprechen würden.

Wir werden den Terrorismus nicht bekämpfen können, wenn wir glauben, uns mit militärischen Mitteln die Rohstoffe und die Absatzmärkte anderer Länder sichern zu können. Wir werden vielmehr – das zeigt ja gerade der Irak-Konflikt – den Terrorismus erst groß züchten in der Welt. Denn die unschuldigen Opfer der Kriege, die da angezettelt werden und der militärischen Interventionen, die da durchgeführt werden, die haben Verwandte, und diese Verwandten werden in ihrer Verzweiflung dann Rache üben wollen, das erleben wir jeden Tag. Und insofern ist diese Politik im Ansatz falsch.

Sie ist letztendlich auch dazu verurteilt, ökonomisch zu scheitern, wie wir gesehen haben, denn der Irak wurde ja nicht zuletzt mit dem Argument angegriffen, dann kriegen wir also den Ölpreis in den Griff, dann haben wir die Gefahr gebannt, dass Saudi-Arabien sich destabilisiert, und wir haben in etwa eine gleichmäßige Energie- und Ölversorgung der Weltenergiemärkte sichergestellt – es soll der Irak ja die zweithöchsten Ölvorräte der Welt haben. Nein, es hat sich ja gezeigt, das Gegenteil ist eingetreten. Kombiniert mit der Spekulationswirtschaft, die heute die Weltwirtschaft prägt, kombiniert auch mit der Tatsache, dass keine Beruhigung der Ölförderung eingetreten ist und dass Saudi-Arabien sich weiter destabilisiert, steigt ja der Ölpreis immer weiter. Und das sehen wir direkt in Österreich, Deutschland oder Europa, weil jetzt schon überall die Szenarien aufgefächert werden, um auszurechnen, was die Ölpreisverteuerung für die europäische Wachstumsperspektive bedeutet. Allgemein wird jetzt schon gesagt, wir müssen unsere Wachstumszahlen in etwa um einen halben Punkt reduzieren, weil die Ölpreisverteuerung Nachfrage aus den europäischen Märkten herauszieht, und natürlich hat das Folgen für Wachstum und Beschäftigung.

Was ist also die Schlussfolgerung aus dem bisher Gesagten? Als die Umweltbewegung gesagt hat, wir müssen eine Politik weg vom Öl machen, als sie gesagt hat, wir müssen versuchen, die Brücke ins Solarzeitalter zu bauen, als sie gesagt hat, wir müssen eine Politik des Energiesparens versuchen, da hat die Umweltbewegung auch sozialpolitische und außenpolitische Ziele genau zusammengefasst. Man kann es so sagen: Wer heute einen Beitrag leistet zur Energieeinsparung, wer heute einen Beitrag leistet zur Nutzung der so genannten alternativen Energien, wer heute generell umweltgerechte technologische und politisch-administrative Beiträge leistet, der stabilisiert die Weltwirtschaft, der macht aktive Friedenspolitik. Auf jeden Fall im größeren Umfang als diejenigen, die glauben, mit immer weiterer Rüstung und immer mehr militärischen Maßnahmen den Weltfrieden stabilisieren zu können. Umweltpolitik ist in größerem Umfang Friedenspolitik als sich bislang herumgesprochen hat.

Deshalb würde ich dazu raten, in den Wahlkampf in Europa immer diesen Aspekt der Außenpolitik und der Energiepolitik einzubringen.

Die Europäer müssen gerade in der heutigen Situation, in der die einzige verbliebene Supermacht auf militärische Interventionen sowie auf militärische Sicherung der Rohstoffe und Absatzmärkte setzt, darauf bestehen, dass ein Gegenentwurf entwickelt wird: Eben Stärkung des internationalen Rechts. Wenn überhaupt im Zuge der Menschenrechte interveniert werden muss – da denke ich an Ruanda beispielsweise – , dann eben nach Polizeigrundsätzen. Und drittens: Energiepolitik ist nicht etwas, das man beginnt, wenn gerade mal wieder der Ölpreis nach oben geschossen ist, sondern da ist im besten Sinne nachhaltige Politik verlangt, im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung der Welt, aber auch im Sinne der Stabilisierung des Friedens.

Wenn ich Europa anspreche, im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten und der UNO, noch ein paar kurze Hinweise:

Wir brauchen *eine* europäische Stimme im internationalen Währungsfonds. Ich kann das nicht oft genug sagen. Der internationale Währungsfonds hat in den letzten Jahren

bekanntlich nichts zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen, sondern er hat ab und zu die Länder, denen er Kredite gewährt hat, destabilisiert, weil er völlig unsinnige Auflagen gemacht hat, wie etwa: Haushalt radikal zusammenstreichen und soziale Leistungen radikal zusammenstreichen! Er hat ein klassisches Programm zur Destabilisierung der Wirtschaft durchgezogen. Ein Zusammengehen der Europäer im internationalen Währungsfonds würde dazu führen, dass die Europäer einen größeren Einfluss auf die Politik des Währungsfonds haben könnten, die die Amerikaner immer nur als verlängerten Arm ihrer Politik begreifen.

Dasselbe gilt natürlich auch für die Frage: Was braucht denn die Weltwirtschaft überhaupt? Sie braucht einen Abschied aus dem Spekulationskarussell, das sich in immer schnellerem Tempo dreht, und das heißt: Wir müssen die Wechselkurse wieder stabilisieren. Wir müssen zurückkehren zu einem Währungssystem, das ja nie von wirklich fixierten Kursen ausging, das aber wusste – das hat Keynes schon in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts festgestellt –, dass sich Wechselkurse nach Erwartungen richten, nach Spekulationen, nach jedenfalls irrationalen Stimmungen, und dass diese Wechselkurse natürlich einer Regulierung bedürfen. Ich glaube, das ist zumindest bei denen in Europa klar, die sich kritisch damit auseinandersetzen.

Und deshalb möchte ich erinnern an das Projekt der Stabilisierung der Wechselkurse, der Regulierung der Wechselkurse. Ein Projekt, das zeitweilig unterstützt wurde von Frankreich und Deutschland. Von Japan ohnehin, weil Japan ja Interventionen zum ständigen Instrument seiner Politik macht. Teilweise wurde es in Großbritannien angedeutet, aber von einer in sich konsistenten Politik kann an dieser Stelle gar nicht die Rede sein.

Und damit sind wir zunächst einmal am Ende mit den Vorschlägen für eine Politik über Europa hinaus, aber alle genannten Themen haben natürlich zu tun mit der europäischen ökonomischen Entwicklung der letzten Zeit, und deshalb wollte ich sie kurz ansprechen.

Wenn man Wachstum und Beschäftigung anspricht, dann weiß man, dass überall in der Welt die Wirtschaft weniger wächst – die Wirtschaft in Japan wächst Gott sei Dank wieder, auch in anderen Staaten, aber die europäische Wirtschaft wächst weniger. Da ist die Frage: Warum hinkt die europäische Wirtschaft hinterher? Ist das deshalb, weil wir dümmer sind als die anderen, weil wir kein Wachstum wollen? Oder liegt es vielleicht daran, dass wir in unserer europäischen Wirtschaft Bremsen eingebaut haben?

Meine Antwort ist: ja. Die erste Bremse ist der europäische Stabilitätspakt, der interessanterweise immer noch Wachstumspakt heißt, und hier kann ich immer wieder einen unverdächtigen Zeugen anrufen, neben vielen anderen Koryphäen der amerikanischen Nationalökonomie, ich meine Milton Friedman, den man als Papst des Neoliberalismus bezeichnen kann, der sagte: Der europäische Stabilitätspakt ist grotesk, er hindert die Europäer an einer vernünftigen Finanzpolitik. Wir sollten an dieser Stelle Friedmann folgen und diesen europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt endlich zu den Akten legen, insbesondere nachdem er bereits in der Realität überholt ist, denn eines hat sich wieder gezeigt in den letzten Jahren: Es ist noch nirgendwo auf der Welt gelungen, nur durch Sparen den Haushalt zu konsolidieren, sie werden mir längerfristig kein einziges Beispiel nennen können. Nur durch Wachstum gelingt es, den Haushalt zu konsolidieren. Denn Wachstum heißt: Die Einnahmen steigen, die Ausgaben sinken. Sparen im Sinne von „konservativ“ heißt: Die Einnahmen sinken, und die Ausgaben steigen. Und deshalb ist das nicht Sparen, sondern letzten Endes der Marsch in höhere Verschuldung. Man nennt das in der Wissenschaft Schuldenparadox. Es ist etwas aus dem Blickfeld geraten, und es wird Zeit, dass dies die Politik wieder einsieht.

Also, erste konkrete Forderung: Veränderung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach dem Motto: Wenn die Wirtschaft läuft, dann soll man konsolidieren, wenn die Wirtschaft lahmt, dann muss man Geld ausgeben. Anders ist eine vernünftige Politik nicht zu machen.

Nächster Punkt: Verfassung der europäischen Zentralbank. Die europäische Zentralbank, meinte der amerikanische Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, sei zu sehr auf Inflationsbekämpfung fixiert. Er meint damit, dass eine Finanzverfassung, die immer auf Preisstabilität abzielt, in sich widersprüchlich ist und gar nicht funktionieren kann. Wenn wir die Zahlen betrachten: Wir haben in Amerika jetzt ein Wachstum von über 4 Prozent und einen Leitzins von 1 Prozent. Während wir in Europa, wenn's gut geht, ein Wachstum von 1,3 bzw. 1,4 Prozent haben und einen Leitzins, der doppelt so hoch ist wie in Amerika. Entweder gelten in Europa völlig andere ökonomische Gesetze als in Amerika, das mag wohl sein, aber wenn nicht völlig andere ökonomische Gesetze gelten, dann ist der eine Weg richtig und der andere falsch.

Und dreimal dürfen Sie raten, welcher Weg falsch ist: Der europäische Weg, insbesondere auch von der Kohl-Regierung und von der Deutschen Bundesbank mit beeinflusst, ist falsch, das zeigt sich immer wieder, ist in der heutigen Zeit völlig absurd, obsolet und völlig unmodern. Es wäre an der Zeit, zu erkennen, dass die Notenbanken in den letzten Jahren einem Gespenst nachgejagt sind, nämlich der Inflationsbekämpfung, und dass es viel, viel wichtiger gewesen wäre, das Fördern des Wachstums und der Beschäftigungssteigerung auch durch die Notenbankpolitik zu verfolgen, wie es die Amerikaner und die Japaner tun. Wir sollten endlich erkennen, dass wir hier in Europa an dieser Stelle nicht den Stein der Weisen gefunden haben.

Neben diesen zwei Forderungen muss ich natürlich eine dritte Forderung ansprechen, und diese Forderung ist, dass einer einheitlichen Geldpolitik natürlich eine einigermaßen vernünftig koordinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik gegenüberstehen muss. Solange auf der einen Seite etwa die Geldpolitik eine gewisse, sag ich mal, Richtung in Europa vorgibt, aber jeder Mitgliedsstaat die Möglichkeit hat, fiskalpolitisch in diese Richtung zu marschieren oder in jene Richtung zu marschieren und das alles ein wirklich heilloses Durcheinander ist, solange kriegen wir in Europa keine in sich konsistente, stabile ökonomische Entwicklung hin. Daher ist der Vorschlag der Kommission unter der Führung von Delors nach wie vor aktuell: wir brauchen eine stärkere Koordinierung der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, wir brauchen als größeren Schritt eine Art Wirtschaftsregierung Europas, in die auch die Notenbank eingebunden wird.

Neben diesen drei Vorschlägen zu einer aktuellen Strukturreform auf europäischer Ebene möchte ich einen vierten ansprechen, der jetzt gerade wieder die Presse beschäftigt hat, nämlich die Gestaltung des Steuerrechts der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (sic!). Hier ist unter anderem – und das war ja heute oder gestern, wenn ich richtig informiert bin, auch ein Thema in Ihrem Parlament –, wo natürlich die Konservativen sagen: Die Forderungen nach Harmonisierung des Steuerrechts sind töricht, das dürfen wir nicht, wir brauchen einen Steuerwettbewerb, denn nur der Steuerwettbewerb ist in der Lage, das beste System zu finden und damit eben der besten und gedeihlichsten Entwicklung der Wirtschaft zu dienen. Herrlich hört sich das theoretisch an – Steuerwettbewerb, wunderbar.

Nur, meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten sind geradezu verpflichtet, darauf hinzuweisen, wohin dieser herrliche Steuerwettbewerb geführt hat. Und die Konservativen blenden das ja immer wieder aus. Dieser herrliche Steuerwettbewerb hat dazu geführt, dass bestimmte Steuern gegen null tendieren und dass andere Steuern und Abgaben immer höher werden. Und da dürfen Sie natürlich raten, welche Steuern gegen null tendieren und welche Steuern immer höher werden. Die nicht Beweglichen, das sind die, die wir als Sozialdemokraten zu vertreten haben. Nämlich die Arbeitnehmer, die nicht eben mal eine

Firma in Irland oder einen Wohnsitz in Monaco gründen können, oder einen in der Schweiz. Und die zahlen diese Ideologie des Steuerwettbewerbs mit immer weiter steigenden Steuern und Abgaben in den nächsten Jahren. Und die Profiteure dieses Steuerwettbewerbs, das sind die Vermögenden, die keine Vermögenssteuer mehr zahlen. Hier merke ich auch kritisch an, dass auch die Österreicher unter sozialdemokratischer Führung hier mitgewirkt haben, es wäre ja unehrlich, wenn wir das nicht ansprechen würden. Und es sind natürlich die Firmen, die jetzt immer vaterlandsloser werden als Global Player und sagen: Wenn ihr nicht die Steuersätze so macht, wie wir wollen, dann verlagern wir den Firmensitz dahin oder dahin oder dahin. Und es sind natürlich die internationalen Konzerne, die keine Schwierigkeiten haben, sich dann der nationalen Besteuerung zu entziehen.

Und hier sind wir wirklich am Kern einer europäischen Frage. Wollen wir diese schamlose Umverteilung, die jetzt seit Jahren läuft, und die mit der Ideologie des Steuerwettbewerbs gerechtfertigt wird, oder wollen wir endlich das machen, wozu wir uns angeblich verpflichtet haben, nämlich die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten? Wenn wir das wollen, dann müssen wir diesem Steuerwettbewerb endlich ein Ende setzen und sagen: Wir brauchen Mindeststeuersätze, wir brauchen eine Gleichmäßigkeit der Besteuerung, und wir müssen insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Vermögenden wieder in entsprechendem Umfang zur nationalen Besteuerung herangezogen werden. Sonst wächst die soziale Ungerechtigkeit, und wir können uns die Idee von einem sozialen Europa völlig abschminken.

Das Ganze ist natürlich nicht leicht durchzusetzen, weil die Anhänger des Steuerwettbewerbs in der Öffentlichkeit natürlich das Wort führen, wenn man so will – schließlich gehören die Zeitungen ja nicht den Arbeitslosen oder den Rentnern, sondern sie gehören in der Regel Leuten, die vom Steuerwettbewerb erheblich profitieren. Und die Fernsehanstalten auch in größerem Umfang usw.

Es gab einmal einen Engländer namens Blair, der sich später George Orwell nannte, der die Sozialdemokraten und Sozialisten immer warnte vor den gekauften Arschleckern des Kapitals. Ich will nur darauf hinweisen: In der öffentlichen Debatte sind sie immer noch „Präsident“, natürlich meine ich präsent (Anm. RI: Der Vortrag wurde 10 Tage nach der Wahl des Bundespräsidenten gehalten) – das war jetzt wirklich eine unverzeihliche Fehlleistung –, und sie reden immer noch von der Notwendigkeit dieses Steuerwettbewerbs. Nein, das ist nichts anderes als schamlose Umverteilung mit dem Ergebnis – gucken Sie sich alle Zahlen an – dass die Bevölkerung immer mehr draufzahlt und dass die Vermögenden sich immer mehr der Besteuerung entziehen.

Das Schlimme ist ja, ich rede jetzt mal nur von der deutschen Szene, dass die, die sich der Steuer entziehen, als nationale Volkshelden verehrt werden. Ich beginne mal mit den Schumi-Brüdern, die in Deutschland höchstes Ansehen genießen, weil die Bevölkerung vielleicht die Zusammenhänge nicht realisiert. Oder ich nehme mal den deutschen Kaiser, Franz Beckenbauer, der gar kein deutscher Kaiser mehr ist, weil er seinen Wohnsitz längst bei Ihnen (= Österreich, Anm. RI) genommen hat, ich könnte viele andere nennen. So müssen wir also feststellen: Die Wohlhabenden entziehen sich immer mehr der nationalen Besteuerung, der Besteuerung schlechthin, sodass ich neben anderen in der Bundesrepublik den Vorschlag gemacht habe: Wer sich der nationalen Besteuerung systematisch entzieht, der sollte auch mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft bestraft werden. Denn was heißt denn Staatsbürgerschaft eigentlich? Besteht Staatsbürgerschaft nur in dem Anspruch an den Staat, sozial geschützt zu werden oder sicherheitsmäßig geschützt zu werden, oder besteht sie nicht auch in der Verpflichtung, zur Finanzierung des Staates beizutragen?

Die neoliberale Periode hat letztendlich dazu geführt, dass eine Moral verbreitet wurde, die denjenigen Qualität zubilligt, die sagen: Wir wollen uns der nationalen Besteuerung

entziehen. In Deutschland ist das besonders verbreitet bei den Konservativen. Dann heißt es immer wieder in öffentlichen Debatten: Ist doch kein Wunder bei der hohen Besteuerung in Deutschland! Da möchte ich Sie noch mit einem Geheimnis konfrontieren: Die hohe Besteuerung in Deutschland ist ein Witz. Das stimmt überhaupt nicht. Trotz der Einheitsfinanzierung, wo mittlerweile fast 80 Millionen Euro jährlich von West nach Ost transferiert werden müssen, hat Deutschland die niedrigste Steuerquote in der Europäischen Gemeinschaft. Das hindert sie aber alle nicht, über die viel zu hohen Steuern zu jammern, insbesondere die Vermögenden, die überhaupt keine Steuern mehr bezahlen. Mit natürlich verheerenden Ergebnissen für die ökonomische Entwicklung in Deutschland, denn – und damit bin ich dann bei der konkreten Ausgestaltung der Folgen einer Steuerharmonisierung und der Änderung des Stabilitätspaktes – ohne ausreichende öffentliche Investitionen ist es nicht möglich, eine Volkswirtschaft für die Zukunft zu wappnen oder auf die Zukunft auszurichten.

Wie verheerend das Ganze ist, will ich Ihnen mit deutschen Zahlen vorführen. Wir haben in Deutschland 1.350 Mrd. Schulden, die Zahlen gibt es überall. Wir haben insgesamt für den Aufbau Ost 1.250 Mrd. aufgewandt, also der größte Teil der Schulden, die Deutschland gemacht hat. Wenn wir noch die Nettoleistung an die Europäische Gemeinschaft nehmen, kann man sagen, der deutsche Staat hätte null Schulden. Das ist aber keine Feststellung um die EU-Zahlungen in Frage zu stellen, sondern eine Feststellung, darauf hinzuweisen, dass seit vielen Jahren in Deutschland öffentlich eine völlige Unter-Investition festzustellen ist. Mit verheerenden Wirkungen für die ökonomische und soziale Entwicklung in Deutschland. Wie auch in Österreich und andernorts zu beobachten.

Wenn wir davon sprechen, dass der Stabilitätspakt geändert werden muss, dass sich die Finanzpolitik ändert, dass sich die Steuerharmonisierung in Europa langsam durchsetzen muss, dann verbinden wir damit politische Ziele. Ein politisches Ziel ist es, den Konservativen den Weg nicht weiter zu öffnen, dass die öffentliche Hand sich immer mehr zurückzieht und damit die sozialen Güter immer geringer werden, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, und der private Reichtum immer weiter gefördert wird.

Hier bindet sich das Ganze zusammen, und da bin ich auch beim österreichischen Wahlkampf, der etwa mit der Wasserfrage den Finger an eine wichtige Wunde Stelle legt, die nicht nur in Europa immer als Wunde schwärt, nämlich mit der Privatisierung, die ja mittlerweile so weit geht, dass etwa im Irak privat gefoltert wird, privat gekämpft wird. Um das einmal zu sagen: Wir haben Privatarmeen, die im Aufbau von Staaten tätig werden, hochbesoldet, wie wir wissen (30.000 Dollar im Monat oder so als Sold) für diese Tätigkeit, für die sich die staatlichen Armeen zu schade sind, oder wenn man so will sich nicht so ohne weiteres dieser Gefahr aussetzen wollen. Aber von dieser Privatisierung will ich jetzt gar nicht reden, aus Zeitgründen. Ich will reden von der Privatisierung der normalen öffentlichen Güter, die man in früheren Jahren in dieser Form nicht in Frage gestellt hätte. Wenn man ein Beispiel dafür haben will, dass die Privatisierungsideologie gescheitert ist, dann ist es empfehlenswert, allen Konservativen, die das bestreiten, ein Ticket nach England zu schenken, um dort das englische Verkehrssystem zu studieren, das englische Wassersystem und Energiesystem zu studieren und das englische Schulsystem. Und da wird man sehr schnell feststellen, dass alle Versprechungen, die bei der Privatisierung der öffentlichen Güter – auch beim Gesundheitssystem im Besonderen – gegeben wurden, nicht eingehalten werden können. Es ist immer dasselbe Lied: Wenn privatisiert wird, dann kann eine Minderheit vielleicht gute private Schulen besuchen oder sich die tollsten Gesundheitsdienste erlauben oder mit dem Privatflugzeug oder mit den entsprechenden privaten Verkehrsmitteln überall hin, aber immer geht diese Privatisierungsideologie zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Und deshalb ist es gut, dass die Sozialdemokraten hier die Wasserfrage auch zum Thema des Europawahlkampfes gemacht haben. Ich will mir jetzt ersparen, Beispiele dafür anzuführen, wie nach Privatisierung des

Wassers der Wasserpreis binnen kurzer Zeit kräftig nach oben gestiegen ist. Es kann vielleicht auch mal da oder dort kurzfristig ein Gegenbeispiel geben, aber Privatisierung heißt ja nicht Sozialisierung, das versteht sich von selbst. Man möchte also nicht unbedingt der Bevölkerung große Wohltaten erweisen, sondern man möchte private Renditen erwirtschaften. Und in der Regel führt das dazu (siehe Verkehrssystem in England oder Energiesystem in den Vereinigten Staaten), dass wieder eine völlige Unter-Investition eintritt und dass insofern dann letztendlich das gesamte Volk gekniffen ist, weil sich das Ganze fehlentwickelt hat.

Wenn man nur einmal diese Punkte nimmt, die ich bisher angesprochen habe, dann ergibt sich ein erheblicher Bereich, wo sich unterschiedliche Politikkonzepte zwischen konservativen und neoliberalen Vorstellungen auf der einen und sozialdemokratischen Vorstellungen auf der anderen Seite auf tun. Vorausgesetzt allerdings, dass Sozialdemokraten ihren Auftrag nach wie vor erkennen und erfüllen wollen, und dass sie sich nicht von der neoliberalen Philosophie anstecken lassen und sie mehr oder weniger übernehmen.

Am Schluss möchte ich gerne darauf hinweisen, dass die Ausbreitung der neoliberalen Philosophie und Ideologie mit der Sprache beginnt. Ein großer Österreicher, Wittgenstein, hat darauf hingewiesen, dass nicht unser Denken die Sprache bestimmt, sondern dass es eher umgekehrt richtig ist. Und wenn bestimmte Begriffe sich einmal durchgesetzt haben, dann ist auch die Linke gewissermaßen schon korrumpiert, ohne dass sie es überhaupt merkt, weil sie eine Sprache benutzt, die mit solchen Inhalten angefüllt ist, dass linke Politik fast nicht mehr konzipierbar ist. Ein Terminus, der durchgehend in allen ökonomischen Stellungnahmen auftaucht, ist der Terminus der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Daraus kann man wirklich die ganze Konstruktion und Entwicklung ablesen. Diese Sprache ist nicht nur eine Verschleierungssprache, sie ist geradezu eine Sprache der Lüge und der Täuschung, wie in vielen anderen Bereichen. „Flexibilisierung der Arbeitsmärkte“ ist wie „Kollateralschaden“, also wir reden in der Kriegssprache. Man kann ja nicht sagen: Wir haben versehentlich ein paar Frauen und Kinder umgebracht. Nein, man muss sagen: Wir haben leider kolaterale Schäden aufnehmen müssen. Dasselbe ist es mit allen möglichen staatstragenden Rednern quer durch alle Parteien und Institutionen mit der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte. Sie wagen es nicht mehr, die Wahrheit anzusprechen. Die Wahrheit ist: Wir wollen geringere Löhne, wir wollen den Abbau der Arbeitnehmerrechte, und wir wollen Arbeitszeit ohne Rücksicht auf Familie und soziale und kulturelle Gepflogenheiten.

Man muss mit einem Scheinbegriff die Wahrheit verschleiern, es ist die Sprache der Lüge. Und auf der Sprache der Lüge kann keine vernünftige Politik gedeihen. Ich habe immer die These vertreten, dass Demokratie und Wahrheit einander bedingen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit, wir haben hoffentlich viel zu diskutieren.